

Besetzungsbedingungen und Anzeigenpreise
sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 66, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 202-205
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Verlag und Anzeigenabteilung:
Geschäftstages 9-5 Uhr
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH,
Berlin SW. 66, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 2306-2304

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Beginn der entscheidenden Besprechungen

Die Reichsregierung ist entschlossen, aus der gegenwärtigen Lage die notwendigen Konsequenzen zu ziehen. Sie trat gestern Sonntag nachmittag um 5 Uhr zu einer Kabinettsitzung zusammen, die, wie der „Sozialdemokratische Parlamentsdienst“ meldet, mit einer geringen Unterbrechung bis 2 Uhr nachts dauerte und den Zweck hatte, die Methode des Verzichts auf den passiven Widerstand zu erörtern. Das Kabinett sahte einmütig einen Beschluß, der heute den Abwehrausschüssen der besetzten Gebiete vorgetragen werden soll. Bereits am heutigen Mittag um 12 Uhr hat der Reichsfinanzminister mit Abgeordneten der besetzten Gebiete und höheren Verwaltungsbeamten die Durchführung des von der Regierung gefassten Beschlusses besprochen.

Vorausichtlich dürften erst am Mittwoch die mit der gestrigen Kabinettsitzung eingeleiteten Beratungen ihren Abschluß finden und das Ergebnis der Öffentlichkeit sowie der französischen Regierung mitgeteilt werden.

Wahrscheinlich wird an diesem Tage auch der Auswärtige Ausschuss des Reichstags von dem Verlauf der Beratungen unterrichtet werden. Insofern ist mit einer Vertagung der für Mittwoch vorgesehenen Plenarsitzung des Reichstages auf Freitag zu rechnen, da es nicht zweckmäßig ist, die eingehenden Beratungen des Auswärtigen Ausschusses mit den Plenarsitzungen zusammenfallen zu lassen.

Poincaré hat am gestrigen Sonntag drei Denkmäredred gehalten. Entsprechend dem Anlaß begann er jedesmal mit der üblichen Schilderung der Leiden der besetzten Gebiete im Kriege, wobei es ihm gar nichts ausmacht, Salz in die Wunden zu streuen und das Seinige zur Wiederbelebung des Völkchens zu tun, von dem die Bevölkerung der Kriegszone oft genug durch ihre Vertreibungen stark abgerückt ist. Dann sprach er von der beispiellosen Wähigung des Versailler Diktats, beschuldigte Deutschland wieder, als ob nicht den früheren Angeboten inzwischen Stresemanns Hypothetisierungs- und Goldzahlungsplan gefolgt wäre, daß es nicht zahlen wolle und diskontierte das Vertrauen aller anständigen Menschen in der ganzen Welt in das unmilitaristische, von Deutschland zu Sanktionen gezwungene Frankreich. In der dritten Rede, im Priesterwald, sagte Poincaré u. a.:

Die Deutschen hatten kapituliert und ihre Niederlage anerkannt. Ihr Versuch, sich den Folgen zu entziehen und Frankreich die Früchte seines Sieges zu entreißen, wurde mißlingen. Deutschland habe gehofft, durch den Widerstand im Ruhrgebiet blutige Konflikte hervorzurufen. Als dies nicht zu erreichen war und die Ruhrbevölkerung begonnen habe, des ohnmächtigen Widerstandes satt zu werden, habe es bei den Alliierten intrigiert, um sie dahin zu bringen, daß sie von Frankreich Zugeständnisse verlangten. Frankreich habe durchgehalten, ohne zu schwanken. Darauf hätten in Deutschland die Männer und die Taktik gewechselt. Es habe sich mehr Geschicklichkeit, auch, wie er hoffe, mehr Aufrichtigkeit gezeigt, dennoch aber kein Verständnis für den französischen Standpunkt. In einigen Wochen werde die deutsche Regierung den Widerstand nicht mehr bezahlen können, und selbst wenn er länger unterstützt werde, werde er dennoch zusammenbrechen. ... Auch die Aussicht auf Anarchie im Herzen Europas könne Frankreich nicht schrecken. Die Erde um Frankreich herum könne zittern. Frankreich selbst sei im nun gegen die Anstiedung. Man wünsche in dessen in Frankreich aufrichtig, daß Deutschland solche dastere Prophezeiungen widerrufen könne. Es habe die alte Disziplin beibehalten und sei durch seine traditionelle Begabung für wirtschaftliche Organisation wohl in der Lage, sich wieder aufzurichten. Frankreich sei bereit, zu einem Ende zu kommen, ebenso wie Deutschland und die Alliierten. Deutschland müsse aber zuerst mit dem passiven Widerstand ein Ende machen. Es müsse mit der Stellung von Vorbedingungen aufhören, denn Frankreich nehme keine Bedingungen an.

Diesen Triumphgefängen hält die Pariser Linkspresse entgegen, daß die Einstellung des Ruhrkampfes ohne folgende entgegenkommende Lösung des Reparationsproblems keine Entspannung bringe. So schreibt „L'Œuvre“:

Wenn der passive Widerstand beendet ist, muß man doch das Reparationsproblem lösen. Bildet man sich etwa ein, daß ein Deutschland, das von den Freunden Rabats oder den Offizieren Ludendorffs geführt wird, uns Pfänder, Hypotheken und Zahlungen anbieten wird?

Auch „Fre Presse“ warnt, indem sie besonders darauf hinweist, daß Frankreich dadurch, daß es Deutschlands Gläubiger ist, in gewissem Sinne an dem Schicksal Deutschlands interessiert ist.

„Quotidien“ sagt: Die öffentliche Meinung Englands verlange von Poincaré, daß er nicht nur Jurist, sondern auch Staatsmann sei, der, ohne Frankreich zu opfern, auch an das wiederaufzubauende Europa denken müsse.

Das Pariser „Journal des Débats“ weist auf die ernste Gefahr des Chaos in Deutschland hin; es nimmt den Maßgebenden die Ausrede, daß sie den Vorschlag Stresemanns nicht kennen, indem es diesen Plan entwickelt und dazu ausführt, daß Stresemann Bedingungen nicht stelle. Die Zusicherungen über die Verurteilten und Ausgewiesenen seien das Wenigste, was er erlangen müsse, um weiterregieren zu können.

Ueber die Rheinlandfrage, wenn man nur der Kürze wegen von einer solchen sprechen will, hat der Präsident

der Rheinlandkommission, Lirard, einem Ausfrager folgende zweideutige Erklärung gegeben:

Was die Rheinlandfrage betrifft, so hat Frankreich dies nicht zu lösen. Wie hat Frankreich im Laufe seine Geschichte die Freiheit der Völker beeinträchtigt, die gewillt sind, über sich selbst zu verfügen. Ein großer Teil der rheinischen Bevölkerung will tatsächlich seine Geschicke in eigene Hand nehmen. Aber niemand weiß, wie das auszuführen ist. Wird das Rheinland sich von Berlin lösen oder wird es innerhalb des Reichs eine unabhängige Provinz bleiben? Niemand kann das wissen.

Den Standpunkt Englands und wohl auch einiges über die Pariser Besprechung wird man wohl aus Baldwins Rede am Donnerstag erfahren; tags vorher tritt das britische Kabinett zusammen. Der Arbeiterabgeordnete und Eisenbahnerführer Thomas, sagte in einer Rede in Portsmouth, daß der passive Widerstand voraussichtlich in einer Woche aufhören werde. Gewisse englische Zeitungen sprechen schon jetzt von einem Triumphe Frankreichs. Ein Triumph werde es allerdings sein, aber ein Triumph der hohen Gewalt, der keinen Bestand haben werde.

Der Bezirks-Parteitag.

Der gestrige Bezirksparteitag brachte zwei Ereignisse von politischer Bedeutung, das Auftreten des sächsischen Ministerpräsidenten Genossen Dr. Zeigner und die Annahme einer Entschlieung, die einer scharfen Unzufriedenheit mit den bisherigen Ergebnissen der Regierungspolitik Ausdruck gibt.

Das Auftreten Zeigners fand bei einem Teil des Bezirkstages stürmische Zustimmung, während es bei einem anderen Erstaunen und Entrüstung hervorrief. Wenn es eine Frage gibt, in der es keine Meinungsverschiedenheiten geben kann, so ist es die der illegalen Organisationen und der Republikanisierung der Reichswehr. Der Parteivorstand, die Reichstagsfraktion und Genosse Severing haben in der gleichen Richtung gearbeitet, während Genosse Zeigner seine eigenen Wege ging. Solche Differenzen hätten sich bei alldem gutem Willen in direkter Aussprache erledigen lassen, um die Einheitlichkeit des Vorgehens zu sichern. Tatsächlich haben auch Besprechungen stattgefunden, in denen man dieses Ziel erreicht zu haben glaubte. Es wirkte daher als eine peinliche Ueberdeutung, daß Genosse Zeigner gestern den Streit von vorne begann und mit einer Impulsivität ohnegleichen gegen die Berliner Partei- und Regierungstellen vorging. Zeigner erging sich in ebenso schweren wie haltlosen Angriffen auf anwesende wie nicht anwesende Parteigenossen. Die Debatte nahm infolgedessen einen sehr stürmischen Verlauf. Die Frage, die Genosse Bernhard Krüger an den Bezirkstag richtete, ob es denn in dieser Zeit schwerster Not nichts Besseres zu tun gebe, wirkte wie ein Ruf zur Besinnung.

Wir durchleben Tage der aller schwersten Gefahr. Die Ehre der Partei, die Zukunft der deutschen Republik und der deutschen Arbeiterschaft fordern ein Höchstmaß an Einheitlichkeit und Geschlossenheit des Handelns. Weniger denn je können wir uns den Luxus müßigen Streits gestatten.

Die vom Bezirkstag angenommene Entschlieung verdient als Stimmungssymptom ernste Beachtung. Es geht jedoch viel zu weit, wenn ein Berliner Montagsblatt in ihrer Annahme eine schwere Gefahr für den Bestand der gegenwärtigen Reichsregierung erblickt. Die Entschlieung spricht gegen die Regierungspolitik schwere Bedenken aus, enthält aber nicht die Forderung nach sofortigem Austritt der Partei aus der Regierungskoalition. Auch diejenigen Genossen, die von Anfang an Gegner der großen Koalition waren, verschließen sich zum großen Teil nicht den Bedenken, die einem plötzlichen Frontwechsel der Partei in dieser überaus kritischen Zeit entgegenstehen.

Der sozialdemokratische Bezirksparteitag für Groß-Berlin, über dessen gestrige Verhandlungen wir auf der zweiten und dritten Seite dieses Blattes berichten, hat folgenden Beschluß gefaßt:

Der am 23. September 1923 tagende Bezirkstag der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Berlins stellt fest, daß die Regierung der großen Koalition die von ihren Bestürwortern gehegten Erwartungen nicht zu erfüllen vermag. Sie hat nicht vermocht, die vom Beschluß geübte Steuerumgehung, Steuerabwälzung und Produktionsabotage zu unterbinden, noch dem Währungsverfall Einhalt zu gebieten. Der Unsturm auf den Währungsverfall, auf die sozialen Demobilisierungsverordnungen und die Reste der Zwangsverwaltung hat aus den Kreisen des Kabinetts heraus wesentliche Förderung erfahren. Auch die Aufhebung der Außenhandelskontrolle und die Währungspläne lassen den starken Einfluß des Großkapitals erkennen.

Der Bezirkstag hält es für notwendig, daß die Sozialdemokratische Partei ohne Rücksicht auf trügerische Bündnisse den Kampf für die Lebensnotwendigkeiten der deutschen Arbeiterschaft aufnimmt. Er fordert daher, daß die Partei alle proletarischen Kräfte für die alsbaldige Erreichung folgender Ziele einsetzt:

Sofortige Erlassung der Sachverhalte durch unabhängige und unmittelbare Beteiligung des Reichs an den Betrieben in Industrie, Landwirtschaft und Gewerbe. Ausbau der Sittengesetzverordnung vom November 1920 und entsprechende Anwendung der Bestimmungen über Entseignungs- und Beschlagnahmegericht des Reichs.

Sieglung der Ausgabe durch eine auf Intensivierung der Produktion gerichtete Politik unter Aufrechterhaltung des Währungsstandes.

Vereinheitlichung und Wertbeständigmachung der Steuern, Beibehaltung der Brotgetreidebewirtschaftung über den 15. Oktober hinaus.

Schaffung einer fundierten Reichswährung, bei der das Notenmonopol als Hoheitsrecht des Reichs unangefastet bleibt.

Anklage des früheren Reichsfinanzministers Cuno vor dem Staatsgerichtshof wegen Vergeudung öffentlicher Gelder.

Das Vertrauen der Arbeiterschaft zu der Reichswehr ist völlig erschüttert und kann ohne Person- und Systemwechsel innerhalb der Reichswehr nicht wiederhergestellt werden. Der Bezirkstag verlangt daher von der Parteileitung rücksichtslosesten Kampf gegen die Verlogen und das System.

Der Bezirkstag verlangt ferner die sofortige Anbahnung von Verhandlungen mit Frankreich unter Betonung der Aufrechterhaltung der deutschen Souveränität über Rhein und Ruhr, die rücksichtslose Bekämpfung aller geheimbündlerischen Organisationen, sowie unterschiedene Demokratisierung der Verwaltungsstellen im Reich und in den Einzelstaaten.

Die Antikörper des Proletariats auf die kapitalistische Politik der bürgerlichen Parteien kann nur der Sozialismus sein. Er muß zu einem wesentlichen Bestandteil der unmittelbaren praktischen Tätigkeit der Sozialdemokratischen Partei gemacht werden, um die Unabhängigkeit der proletarischen Politik zu sichern und ihre Überlegenheit zu erweisen.

Ferner wird folgender Antrag angenommen:
Der sozialistische Regierung des Freistaates Sachsen und ihrem Ministerpräsidenten Genossen Zeigner bringt der Bezirkstag seinen Gruß, und bittet ihn, in seinem Kampf gegen die Reichswehrentwicklung auszuhalten, die allezeit ein Instrument des Rücktritts und ein Feind der Republik und der Arbeiterbewegung gewesen ist.

Die Putschisten drohen.

Die bayerischen Kampfbünde veranstalteten am Sonntag in Augsburg einen Deutschen Abend, an dem u. a. Ludendorff teilnahm. Im Verlauf des Abends erklärte der Oberkommandant der Reichsflotte Hauptmann a. D. Heiß:

Die deutsche Revolution wird hereinbrechen, wenn sie die Behörden auch nicht wollen. Wir haben nicht mehr viel Zeit, die Zeit ist nicht für uns, sondern gegen uns.

Die deutsche Freiheitsbewegung geht von Bayern aus, die deutsche Frage wird in Berlin von bayerischen Fäusten gelöst werden!

Die deutsche Frage kann nur durch das Schwert gelöst werden!

Der jüdische Marxismus wird von uns zertrümmert werden. Es heißt jetzt, mit Gewehren und Maschinengewehren zu marschieren und mit unseren paar Kanonen.

Wir machen gar kein Hehl daraus, daß wir die nationale Revolution wollen unter dem Banner Schwarzwittweil mit dem Hakenkreuz! Und in diesem Zeichen werden wir siegen!

Die Rede war von Beifallsstürmen begleitet. Ludendorff zeigte in einer Ansprache seine Zustimmung zu den Ausführungen des Kommandanten Heiß.

Zusammenstöße in Sachsen und Bayern.

Leipzig, 24. September. (WZ.) Unfähig einer Fahnenweihe des Stahlhelmbundes kam es in Wiederitzsch, hart an der preussischen Grenze, zu blutigen Zusammenstößen zwischen Stahlhelmlenten und Angehörigen der roten Hundertschaften. Die Polizei hatte den Stahlhelmlenten eine Freier in geschlossenem Raum gestattet, sie wollten jedoch nach Bodelwitz marschieren, dabei kam es zu den erwähnten Zusammenstößen, die sich bis in die späten Nachmittagsstunden fortsetzten. Von Leipzig wurde Bundespolizei und Sanitätspersonal nach Wiederitzsch geschickt. — Auch auf preussischem Gebiet kam es zu Zusammenstößen. Im Kreiskrankenhaus St. Jakob wurden elf Schwerverletzte eingeliefert, davon sind drei lebensgefährlich verletzt. Nach einem unbefriedigten Bericht sollen zwei Stahlhelmlente ihren Verletzungen erliegen sein.

München, 23. September. (WZ.) Gestern Abend ist es beim Harthalsbahnhof und am Marihilfplatz zwischen Mitgliedern des Bundes Oberland und den Angehörigen der linken Parteien zu Zusammenstößen gekommen, wobei auch geschossen wurde. Ein unbeteiligter Mann wurde schwer verletzt. Polizei schritt ein und nahm mehrere Verhaftungen vor.

Dollarschwankungen. 200 bis 166 Millionen.

Nach zweitägiger Unterbrechung machte sich im Devisenverkehr der heutigen Börse einige Unklarheit geltend. Aus New York wurde am Sonnabend ein stark gedrückter Schlussturs für die Mark gemeldet und auch im Bureauverkehr war der Dollar am Sonnabend teilweise über 200 Millionen gestiegen. Im heutigen Frühverkehr setzte er unter Schwankungen mit 200 Millionen ein, um dann auf Abgaben der Reichsbank hin um 1 Uhr mit circa 166 bis 167 Millionen genannt zu werden. Das Pfund hörte man mit 750 Millionen. Die augenblicklich komplizierte außenpolitische und innenpolitische Lage wirkt sehr beunruhigend und man glaubt in Börsenkreisen, daß die Stützungsaktion der Reichsbank bzw. des Reichsfinanzministeriums nicht allzu lange möglich ist, wenn nicht bald eine Lösung der brennenden Fragen gefunden wird. Im übrigen herrscht noch Zurückhaltung, da ja wichtige Entscheidungen bevorstehen.

Groß-Berliner Bezirksparteitag.

Der Berliner Bezirksparteitag wurde gestern fortgesetzt. Es gelang jedoch nicht, die Verhandlungen zum Abschluß zu bringen, so daß er voraussichtlich erst am nächsten Sonntag sein Ende erreichen wird.

Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte der Bezirksparteitag das Andenken der verstorbenen Pfanck und Suble durch Erheben von den Plätzen. Ein Antrag der 48. Abteilung fordert, daß die Genossen sofort aus der Regierung austreten sollen und Verhandlungen mit den anderen Arbeiterparteien zwecks Bildung einer sozialistischen Regierung aufzunehmen. Der Antrag findet keine genügende Unterstützung. Auch eine Entschließung des Genossen Eduard Bernstein, die sich mit der großen Koalition einverstanden erklärt, wird nicht genügend unterstützt. In der fortgesetzten

Diskussion über die politische Lage

sprach als erster Redner

Aufhäuser: Ich weise es zurück, daß eine Opposition gegen die Politik der Partei auf eine Spaltung der Partei hinausläuft. An der Einigkeit der Partei lassen wir heute weniger als jemals rütteln. (Beifall.) Alle Freunde der großen Koalition sind davon ausgegangen, daß man durch aktive Mitwirkung für die Durchführung der Steuergesetze eintreten sollte. Diese Erwartungen sind nicht eingetroffen. Die Besitzenden haben durch Stilllegung der Betriebe die Lohnsteuer einfach umgangen. Auch der Devisenmarkt ist man nicht beigekommen. Es ist eine Illusion zu glauben, daß eine Beteiligung an der Regierung hier Erfolge zeitigen könnte. Es kommt darauf an, die Sachwerte zu erfassen. Das ist in der Regierung von den Sozialdemokraten völlig preisgegeben worden. Bei der Reparations- und Währungsfrage haben wir es erlebt, daß an Stelle der Sachwerte eine hypothekarische Belastung der Wirtschaft gesetzt wird. Wenn das durchgeführt wird, ist die Sachwertverfassung erledigt. Bei dem Währungsplan hat man den Vorschlag des Reichsverbandes der deutschen Industrie und den des Herrn Heisterich vereinigt. Seine Annahme würde bedeuten, daß wir in Deutschland statt einer einheitlichen Währung drei verschiedene Währungen bekommen. Das ist das Ergebnis eines Kompromisses in einer Frage, in der es nur eine Richtung geben kann. Es ist unbegreiflich, daß man den letzten Reichsbankbestand zur Deckung einer Währung benutzen will, die nur für den kleinsten Teil der Allerreichsten bestimmt ist. Es ist ein Skandal, daß die Reichsbank autonom bleiben und die Bodenwährung einer Privatbank ausgeliefert werden soll. Es ist die Aufgabe des heutigen Bezirksparteitages, klar und eindeutig unserer Parteileitung und der Regierung zu sagen, welchen Weg wir beschritten wissen wollen. Sie können die Wiederkehr des Tages, an dem der Einigungsparteitag abgehalten wurde, nicht besser feiern, als wenn sie zeigen, daß Sie Sozialdemokraten geblieben sind. (Beifall.)

Eduard Bernstein: Man muß, wenn man die Reden Aufhäusers und Crispian gehört hat, zu der Auffassung kommen, daß die Mehrheit der Reichstagsfraktion aus Schwächlingen besteht. (Zwischenrufe.) Die Rede des Genossen Crispian ist sehr geeignet, weitere Mißstimmung in unsere Partei herbeizuführen. (Zurufe: Sie war doch schon vorhanden!) Ja, sie ist vorhanden, weil man auch geflücht hat.

Man muß die Erwägungen der Mehrheit in der Fraktion sachlich darlegen, um sie zu widerlegen.

Entschlüsse anzunehmen ist sehr leicht. Habt Ihr denn eine Abnung davon, welche Arbeit dazu nötig, ein Gesetz zu machen, das allen Anforderungen entspricht? Es ist sehr leicht, eine Arbeiterregierung zu verlangen, d. h. eine Regierung, auch mit den Arbeitern anderer Richtungen, wie Zentrum, Christlich-Deutsche, Kommunisten. Glaubt Ihr, daß eine solche Regierung arbeitsschüßig ist? Vergesst doch nicht die soziale Lage und die Klagen der Arbeiter in Deutschland. Die stärkste Klasse sind nicht die Großindustriellen, sondern die Bauern. Alle bürgerlichen Parteien müssen die Wünsche der Bauern berücksichtigen. Wer nicht im Steuerzuschuß gearbeitet hat, hat nicht solchen Eindruck von der Macht der Bauern, die die größten Gegner der Arbeiterklasse sind. Habt Ihr denn eine Abnung von den Widerständen, die eine Arbeiterregierung finden würde? Sagt nicht, „man geht aufs Land und holt sich die Lebensmittel“. In Rußland hat man die Bauern erschossen und bedroht. Das ist auf die Bauern als Klasse ohne jeden Eindruck geblieben. Die Sowjetleute haben den Bauern nachgeben müssen. Wir haben es in der Industrie nicht nur mit Großbetrieben, sondern auch mit zahlreichen Mittel- und Kleinbetrieben zu tun. Es ist nicht wahr, daß sich die Zahl der Industriellen vermindert hat, sie ist vielmehr gestiegen. Ihr seht immer nur Ausschütze aus Deutschland. Wäre es möglich, jetzt einen Parteitag einzuberufen, würdet Ihr sehen, daß die Mehrheit für die Koalition wäre. Der Redner bittet, da seine Redezeit abgelaufen, um eine Verlängerung. Die Mehrheit des Bezirkstages lehnt die Bitte ab.

Mosbach geht auf die Zustände in der Reichswehr näher ein. Es scheint mir, als ob die Partei sich in der Forderung, daß die Reichswehr sich von den illegalen Verbänden lösen solle, erschöpfe. Der Reichspräsident Ebert hat sich bei seiner letzten Regierungsbildung schüßend vor Ebert gehalten. Diese Presseerklärung ist unwiderrufen geblieben. Ist denn der Reichspräsident richtig unterrichtet worden, oder sieht er die Dinge falsch? Ich glaube nicht, daß er weiß, daß in die Heeresergänzungsbestimmung der § 2 aufgenommen ist, der besagt, daß die Werbung von Freiwilligen in die Hand der Kompaniechefs zu legen ist, weil diese an der Ergänzung ein persönliches Interesse und die besten Beziehungen haben. Ich glaube nicht, daß der Reichspräsident gehört hat, wie der Offiziersrat zustande kommt. Er müßte sonst wissen, daß heute nur noch Aspiranten in die Offiziersreihe hineinkommen. Wie es anders gemacht werden kann, beweist

das Beispiel Oesterreichs,

wo die Offiziere aus der Arbeiterschaft entnommen werden können und wo auch in der Armee ein durchaus republikanischer Geist herrscht, so daß sie durchaus im republikanischen Sinne zuverlässig ist. In Deutschland liegen die Dinge durch die Schuld der Partei anders. Die Militärreferenten der Partei haben es nicht verstanden, Vorschläge zu machen, die geeignet sind, die Wehrmacht zu republikanisieren. Sie haben keine Einsicht in die wirklichen Verhältnisse, sonst hätte Genosse Schöpflin im Reichstagsausschuß nicht sagen können, daß die Wehrmacht nach innen und außen erfreuliche Fortschritte gemacht habe. (Große Heiterkeit und Unruhe.) Der Redner stellt den Soldatenunterricht der Oesterreicher für Deutschland als Vorbild hin und erwähnt, daß in Oesterreich die Soldaten sowohl Wahl- als Koalitionsfreiheit hätten. (Beifall.)

Ein Geschäftsordnungsantrag verlangt, daß die politische Aussprache unterbrochen und nun erst der sächsische Ministerpräsident, Genosse Zeigner, über seinen Kampf gegen die Reichswehr berichtet solle.

Genosse **Schlegel** stellt fest, daß die Vorstehenden mit dem Genossen Zeigner übereingekommen seien, erst die politische Aussprache zu Ende zu bringen und dann solle das Referat Zeigners entgegengenommen werden.

Genosse **Zeigner** erklärt, daß das nicht richtig sei. (Große Unruhe, Aha-Rufe, Zurufe: Schiebung!) Er sei vor vollendete Tatsachen gestellt worden und hätte sich einfach untergeordnet.

Genosse **Schlegel** stellt demgegenüber fest, daß die drei Vorstehenden, die doch sonst durchaus nicht immer einig seien, in dieser Frage derselben Auffassung seien. Sie hätten dem Genossen Zeigner den Vorschlag gemacht, außerhalb der politischen Aussprache zu sprechen, und Zeigner habe, ohne eine andere Ansicht zu äußern, dem zugestimmt.

Der Parteitag beschließt, die politische Aussprache zu unterbrechen und dem Genossen Zeigner das Wort zu geben.

Dr. Zeigner - Dresden:

Der Genosse Stämper hat mir soeben zugerufen, mein Verhalten sei geradezu toll. Er ist offenbar der Auffassung, daß mein Verhalten weniger toll als illoyal sei. (Stämper: Auch das!) Damit Sie von vornherein wissen, wie offenbar mein heutiges Referat von einem Teil der Parteigenossen beurteilt werden soll, will ich Ihnen von den Einladungsschreiben zu der heutigen Versammlung kurz Kenntnis geben. Das eine, vom Genossen Fischer unterzeichnet, fordert mich auf, heute hier zu sprechen. Ich habe dieses Einladungsschreiben selbstverständlich durchaus ernst aufgefaßt und war deshalb überrascht, als ich am nächsten Tage ein weiteres Schreiben vom Genossen Heinig erhielt. (Heinig: Das war zu gleich gekommen!) Gut, meinewegen, der Tag spielt keine Rolle. In dem Schreiben von Heinig war gesagt, daß hier der Beschluß gefaßt worden ist, mich zu einem Referat einzuladen. Und dann schreibt Heinig weiter:

Heute wurde mir der Beschluß der sächsischen Landesinstanzen zum Fall Geßler bekannt. Ich persönlich würde verstehen, wenn Sie daraufhin unsere Einladung ablehnten. (Lebhafte Zurufe gegen Heinig, darunter auch „Schieber!“)

Wenn Sie das tun, dann helfen Sie uns im Interesse der Partei wenigstens insoweit, daß Sie mir ein paar Zeilen schreiben, die ich auf dem Bezirkstag vorlesen kann. Ich möchte unter allen Umständen vermeiden wissen, daß bei unseren Berliner Genossen womöglich das Gefühl entsteht, daß irgend etwas, was wir im Interesse der Partei und der Republik für notwendig halten, vertuscht wird. Sie könnten, wenn Sie nicht selbst kommen können oder wollen, wie ich die Stimmung unserer Berliner Genossen kenne, durch einen kurzen Brief im Augenblick politisch außerordentlich wirken.

(Die Verlesung dieser Sätze wird von lebhaften Entrüstungsrufen begleitet.)

Also, damit nichts verlästert wird, wird mir nahegelegt, nicht zu kommen. (Neue Rufe gegen Heinig, Unruhe.) Ich meine, wenn man mich einladet, soll man es entweder ernst meinen oder lassen, kommen Sie nicht. Aber mich für so dumm halten, daß ich diese Einladung nicht verstehe — damit unterschätzen Sie mich allerdings ganz erheblich!

Zur Sache selbst muß ich von vornherein feststellen, daß bevor der letzte Bezirkstag beschloß, mich nach hier zu bitten, der Berliner Genosse Otto Meier bei mir war, mit mir die Dinge besprochen und angetrieben hat, ich möchte mich doch bereit erklären, falls das hier beschloßen würde, hier vor Ihnen zu sprechen. (Hört, hört!) Ich hatte seinerzeit von Meier die Erklärung erhalten, daß das nur in der Form denkbar sei, daß ich vor Ihnen spreche und Severing genau so vor den Dresdener Parteigenossen spreche. Ich halte das für einen Akt von größter Loyalität hinüber und herüber. Es ist damit lediglich beabsichtigt, die Parteigenossen hier wie in Dresden in vollstem Umfang zu orientieren. Ich möchte von vornherein ablehnen und durchaus klar erkennen lassen, daß ich nicht hierher gekommen bin, um irgendwie gegen den Genossen Severing zu polemisieren. Dazu liegt gar kein Anlaß vor. Genosse Severing hat am 9. September die Anrede und den Antrag des Genossen Meier mißverstanden, wenn er daraus gefolgert haben sollte, es handele sich hier nicht um den Fall Geßler-Zeigner, sondern um einen

Fall Severing-Zeigner.

So steht es nicht. Ich bin mit Severing durchaus prinzipiell einig, nur in der Taktik gehen wir verschiedene Wege, aber auch die sind nicht so verschieden, wie die Öffentlichkeit annimmt. Es ist zweifellos irrig, wenn Genosse Severing es so dargestellt hat, als hätte ich das Bedürfnis, den Fall Geßler „mit großem Tamtam“ zu behandeln. Wer die Entwicklung dieses Falles richtig beurteilt und rein dynastisch verfolgt, der weiß und ich werde es auch beweisen, daß wir zunächst alle Wege gegangen sind, sozuzunehmen unter Ausschluß und ohne Inanspruchnahme der Öffentlichkeit, um alles zu erreichen, was nur zu erreichen war. Severing hat gesagt, es gibt „eine Methode, solche Dinge rednerisch auszuschlachten und eine andere Methode, sie stiller zu behandeln“. Und zum Schluß hat er gesagt, „solche Verhältnisse stellt man nicht durch Reden ab, die der Reklame dienen“. Ich habe gar kein Bedürfnis nach Reklame. Die Sache liegt so: Wir haben seit dem 7. November 1921 gegen Geßler angekämpft, zunächst durch Besprechungen mit Ebert, Raabruß und Geßler selbst. Im Juli und August 1922 haben wir weitere Besprechungen hier gehabt, von Regierung wegen offiziell beantragt und zur Unterfertigung dieses Verlangens eine umfangreiche Denkschrift an die Reichsregierung gerichtet. Im Oktober 1922 sind wir wieder hier gewesen und haben verhandelt. Am 4. Januar 1923 haben wir erneut eine umfangreiche Denkschrift an Cuno über diese Frage gerichtet. Am 1. und 29. Mai habe ich mit dem Reichsminister bei den Besprechungen der Ministerpräsidenten darüber wieder gesprochen und ebenso bei einer internen Besprechung zwischen dem Reichsminister, dem Reichsinnenminister, dem Reichswehrminister und den Genossen aus Preußen und Thüringen. Am Tage des Kabinettswechsels, den 12. August, habe ich persönlich versucht, zu Ebert zu kommen, leider war das nicht möglich. Ich habe ihm geschrieben, aber leider keine Antwort erhalten. (Hört, hört! und Entrüstungsrufe.) Am 14. August habe ich erneut mit Geßler verhandelt. Nachdem alle Versuche mißglückt sind, sind nicht wir in die Öffentlichkeit gegangen, sondern Geßler. Er hatte seinerzeit am 9. August den Verleher der sächsischen Reichswehrdienststellen mit der sächsischen Regierung verboten, und nun — wohl verstanden nach Fühlungsnahme nicht nur mit der sächsischen Fraktion und Landesparteileitung, sondern auch mit der Reichstagsfraktion, von der Rüstler, Soltmann und Wels seinerzeit in Dresden gemessen sind, also auch im Einvernehmen mit den Berliner Parteigenossen — sind wir dann allerdings in Erwiderung dieses sehr offensiven Befehls des Reichswehrministers in die Öffentlichkeit gegangen. Nachdem wir einmal in die Öffentlichkeit gegangen sind, bin ich allerdings der Auffassung, daß man den Kampf, da er schon in die Öffentlichkeit gekommen ist, ganz schonungslos führen soll. (Sehr richtig!) In dieser Beziehung sind

die sächsischen Methoden allerdings anders,

und ich glaube und befürchte sagen zu müssen, sie sind auch richtiger. Denn das ungeheure Verdict Severings bei Bekämpfung der Beziehungen der Reichswehr zu illegalen Geheimorganisationen abzuleugnen, wäre grober Lüge; aber ob diese Methoden zum Ziele geführt haben, darüber sollten wir heute nicht zu diskutieren brauchen. Denn, mahnerstanden, Genosse Severing kämpft doch, wie er hier in der Versammlung am 9. September und in der Besprechung beim Reichstagsminister am 11. September klipp und klar gesagt hat, mit viel größerem, viel durchschlagenderem Material, als wir es von unserer schmalen sächsischen Basis aus im Besitz haben, und trotz dieses unüberheerlicheren Materials — was hat er erreicht? Wir stehen kommende Woche vor

ungeheuren innerpolitischen Auseinandersetzungen.

Der Aufruf der bürgerlichen Kampferbände, die Erklärung Ludendorffs, der Beschluß des Reichskabinetts — all das zeigt auch denen, die dreifache schwarze Brillen vor den Augen haben, daß wir vor dem Sturm stehen. Wie soll dieser Sturm in einem ungenehmen Sinn überwunden werden, wie sollen wir die Krise der Republik überstehen, wenn das Machtinstrument, das der Republik zur Verfügung stehen müßte, unbewiesbar kein Machtinstrument für die Republik ist, sondern nach dieser Richtung außerordentlichen Bedenken und Zweifeln unterliegt? Ich möchte heute nicht mehr darüber sagen, ich glaube, das würde in diesem Augenblick unzulässig sein.

Worin liegt die ungeheure Krise? Zunächst in der Reichswehr selbst. Die Reichswehr selbst will ich heute nicht besprechen. Aber neben der Reichswehr stehen

Illegale Kampferbände,

von denen man gelegentlich sagt, das sei die große Reserve hinter der Armee, die wir für den Ernstfall einer Auseinandersetzung mit unseren außenpolitischen Gegnern gebrauchen.

Zunächst sei das eine betont: Am 22. Februar hatten wir eine Interpellation beim Reichswehrminister. Damals erklärte Geßler, eine Verwendung der Reichswehr und irgendwelcher neben ihr stehenden Organisationen gegen das Ausland wäre ein verbotener Wagnis, denn allen diesen Verbänden ständen gar keine ernstlichen Kampfmittel zur Verfügung. Entscheidend ist die Frage, woher sich diese illegalen Organisationen rekrutieren: fast alle aus den entschlossensten Gegnern der Republik. Im wesentlichen sind es nationalsozialistische und deutschvölkische Turnerschaften. Der Beweis ist zweifellos zu führen auf Grund der Besprechungen an sehr maßgebender Stelle. Das läßt sich klipp und klar offenmäßig nachweisen. Ende Mai, Anfang Juni d. J., haben wir gegenüber dem Reichswehrminister den Standpunkt eingenommen: wenn ein Grenzschutz aufgebaut, wenn illegale Organisationen herangezogen werden müssen und wir diese Dinge nicht verhindern können, dann sind wir als Republikaner bereit,

uns an diesen Dingen zu beteiligen

unter der Voraussetzung, daß diese Organisationen wenigstens aus zuverlässig republikanischen Leuten bestehen, mindestens in der Führung dieser Organisation. Da ergaben sich aber sofort die tiefsten Meinungsverschiedenheiten, so daß schon am 11. Juni diese Verhandlungen als zwecklos abgebrochen werden mußten, weil die Reichswehr nur solche Leute hineinnehmen wollte, die wir politisch und strafrechtlich als Angehörige der geheimen Rechtsorganisationen verfolgten. Wir forderten die breiteste Basis. Man nimmt aber nur Mitglieder der äußersten Rechten, also solche Leute, die lieber heute als morgen die Republik stürzen würden. Diese Beziehungen zwischen der Reichswehr und den illegalen Organisationen sind daher eine ungeheure Bedrohung für den Bestand der Republik.

Daneben noch ein zweites. Wenn Waffenlager aufgedeckt werden und die polizeiliche und strafrechtliche Verfolgung eingeleitet wird, so ergibt sich immer wieder, daß die Verfolgung verfließt, das Verfahren eingestellt, die Verhafteten entlassen werden müssen, weil die Beschuldigten erklären: wir handeln ja im Einverständnis mit der Reichsregierung. (Hört, hört!) Dies führt bei den Richtern und Staatsanwälten zu den schwersten Beweisschwächen, denn in der Öffentlichkeit dürfen sie das nicht bekanntgeben, da müssen sie andere Gründe finden, um zu verhindern, daß eine Hauptverhandlung stattfindet. Eine gewisse Bedeutung verdient in diesem Zusammenhang auch die Tatsache, daß Ehrhardt am Freitag sich und am Montag die Hauptverhandlung bevorzugen, und daß selbst

höchste Beamte der Ministerien unweifelhaft Akten haben verschwinden lassen

und sich dann verteidigten: Ja, Herr Minister, was wäre geschehen, wenn der Inhalt bekannt würde, was wäre das für eine außenpolitische Blamage! Durch den ganzen Apparat der Polizei und Justiz zieht sich diese Verwicklung, doch allerhand inoffizielle Dinge täglich gemacht werden müssen, um die Beziehungen der Reichswehr zu den Geheimorganisationen zu bemänteln.

Wir haben das Strafgesetz zum Schutz der Republik. Sie alle wissen aus Hunderten von Zeitungsartikeln und Parteiverfammlungen, daß über das ganze Land hin geheime Waffenlager verstreut sind. Vor wenigen Tagen habe ich erfahren, daß in Bayern rund 50 große Waffenlager im Besitz der Deutschnationalen sind. Haben Sie je gehört, daß die Strafverfahren wegen solcher Dinge seit dem August vorigen Jahres Erfolge gehabt hätten? (Lebhafte Rufe: Nein!) Wir haben in Sachsen eine ganze Reihe dieser Verfahren an den Staatsgerichtshof abgegeben. Die Akten sind hin und her gewandert vom Oberreichsanwalt zum Untersuchungsrichter, von diesem zum Reichsjustizminister, zum Reichsminister des Innern und zum Reichswehrminister, und wir selbst haben die Akten eingefordert, wir bekommen sie aber selbstverständlich nicht. (Hört, hört!) Denn wir könnten daraus noch manches lernen. Das Neue ist nur, daß seit dem 12. August auch der Reichsminister des Innern diese Akten nicht mehr bekommt — der ist nämlich jetzt auch Sozialdemokrat!

Wozu führt das? Zum Bankrott der polizeilichen und Justiztätigkeit des Staates. Dazu muß es kommen, wenn die ständige Bedrohung des Staates durch illegale antirepublikanische Organisationen polizeilich und strafrechtlich nicht verfolgt werden kann.

Diejenigen Kreise, auf die sich die Republik unbedingt stützen muß, wenn sie ihre Autorität wahren will, verlieren unter diesen Umständen selbstverständlich vollständig die Luft, sich noch weiter einzulegen. Wir haben erlebt, daß beschlagnahmte Waffen, die an das Reich abgeliefert wurden und vom Reichsjustizministerium eingestrichelt werden sollten, nach einiger Zeit wieder austauschten. Sie wurden zum zweiten Male beschlagnahmt, und so wandern sie wiederum lustig von der Polizei ins Reich über das Reichswehrministerium wieder zurück zu den illegalen Organisationen. (Hört, hört!) Und nach einigen Monaten können wir die verbotenen Waffen mit sauerlichem Lächeln wieder begrüßen. Das ist natürlich ein Bankrott, der jede praktische Arbeit ausschließt. Daneben aber ist diese ungeheure Erschütterung der Autorität und des Rechtsempfindens die schwerste Gefahr für den Bestand der Republik. In einem Strafverfahren gegen Hitler z. B. soll der Oberreichsanwalt die Verantwortung für das, was dort gemacht worden ist, ausdrücklich abgelegt haben. Er soll auf eine mündliche Anweisung des Reichsjustizministers Dr. Heine eine schriftliche Anweisung erteilt haben, weil ihm die Sache sehr bedenklich schien. Am Fall Hauenstein, der ein notorischer Verbrecher ist und der vom Untersuchungsrichter in Cassel verhaftet wurde, kam nach einigen Tagen von Berlin, wo der Oberreichsanwalt beim Reichsjustizminister vorgesprochen hatte, ein Telegramm, den geständigen Verbrecher herauszulassen. Der Untersuchungsrichter glaubte an eine Fälschung des Telegramms, weil ihm dieser Befehl so ungeheuerlich vorkam; es ging hin und her, und nach etwa zehn Tagen ergab sich, daß das Telegramm doch echt war. Hauenstein mußte freigelassen werden. (Hört, hört!)

Das alles zeigt, daß die Methode Severings nicht mehr fortzuführen ist, die er früher mit Recht angewendet hat, jetzt aber noch meiner Ueberzeugung nicht mehr fortführen kann, die Methode, mit dem Reichswehrminister sich an einen Tisch zu setzen und darüber zu verhandeln: Sollen wir jetzt die illegalen Organisationen abbauen? Ja, wir wollen sie abbauen! Geßler hat ja immer wieder erklärt, sie werden abgebaut, in einigen Monaten ist alles in Ordnung. Dann haben wir festgestellt müssen, nach dem Rathenau-Wort, daß diese Organisationen nicht abgebaut, sondern immer stärker geworden sind. Wir haben festgestellt, daß aus diesen vom Reich unterstützten Organisationen die Mörder der Reichsminister kommen. Kallinger wurde festgenommen und es wurden ihm dann 300 000 M. zugesandt, die aus Mitteln der Reichsregierung stammten. (Hört, hört!)

So geht es also nicht. Es ist ein ungeheurer Prestigeverlust für die Republik, wenn die Republik mit Organisationen, aus denen die Mörder der deutschen Republik kommen, verhandelt. Man darf überhaupt nicht mit ihnen verhandeln, sondern muß das Licht klipp und klar zerhacken.

Da man mir nachgesagt hat, Sensation und Reklame zu treiben, so will ich noch betonen, daß wir über diese Dinge nicht sensationell gesprochen, sondern daß ich im Juni schon auf sie hingewiesen habe. Die Planter Rede wurde nicht unter dem Schutz der Immunität gehalten und die erste Folge war, daß die Regierung Cuno ernstlich die Frage prüfte, ob man mir nicht den Mund stopfen könne, indem man mich auf Nummer Sicher brächte. So kam es zu der Frage meiner Verhaftung, von der ich leider erst spät Kenntnis erhielt. Der damalige Reichsjustizminister Dr. Heine hat ausdrücklich erklärt, es liege kein Verdict vor. Als das Reichskabinet schon vier Sozialdemokraten enthielt, hat der Reichswehrminister am 22. August nochmals diese Frage vorgebracht. Er ist an den Reichspräsidenten, den Reichsminister des Innern und den Reichsjustizminister wieder mit dem Antrag heranzutreten, man

solle doch dem Minister in Sachen den Mund schließen durch ein Verfahren wegen Landesverrats. (Große Unruhe.) Da sollten doch mindestens die vier Sozialdemokraten einen solchen Antrag sich mit derartiger Energie verbitten, daß Herr Gehler die Lust zu solchen Vorfällen endgültig vergeht. So wenigstens würde ich es in einer solchen Situation machen.

Wie stehen heute die Dinge? Nachdem Gehler auf unsere Angriffe in der „Sächsischen Staatszeitung“ geantwortet hatte — fast die gesamte Parteipresse im Reich hat unsere Angriffe gegen Gehler gebracht, der „Vorwärts“ aber nicht (Unruhe und Unruhe), dafür hat er eine Reizung der Fesseln, die diese Dinge sehr, sehr erheblich unter dem Vorzeichen des Beschlusses zu legen, gebracht. Man nennt das Unterdrückung der sozialdemokratischen Regierungen in Mitteldeutschland! Ich will diese Dinge offen aussprechen, es hat keinen Zweck, darüber megalomane, als ob nicht sehr erhebliche Meinungsverschiedenheiten in der Partei zwischen Sachsen und Berlin beständen.

Nachdem wir also unter würtlicher Wiedergabe der Schreiben der Reichswehr an die Regierung und des Reichswehrkommandos IV an den Staatsgerichtshof nachgewiesen hätten, daß unbefugte Eingriffe von Militärbehörden in die Strafrechtspflege stattgefunden hätten, wachte der Reichswehrminister zu sagen, einem „ehrlichen Soldaten“ könne nicht zugetraut werden, mit dieser Regierung zu verkehren — die auf solche Zustände hinweist. Daraus ergab sich folgende Bild: Wir hatten in Sachsen beschloffen, wenn der Reichswehrminister nicht binnen einer bestimmten Frist von seinem Posten verschwindet, sich mir zu gemessen, in die Öffentlichkeit zu gehen, weil wir eine Veränderung dieses Systems erzwingen wollen. Daraus wurden wir nach Berlin zu Besprechungen eingeladen, von denen ich durchwegs annehmen will, daß sie in der Absicht einberufen waren, eine Verständigung zwischen Gehler und mir, zwischen der Reichswehr und der Republik zu erzielen. Aber in welcher Form wurden diese Besprechungen geführt?

Genosse Severing hat hier erklärt, er besitze ungeheures Material, demgegenüber mein Material ein Pappstiel sei. Genosse Severing war bei diesen Besprechungen zugegen, aber zu meinem Bedauern muß ich feststellen, daß er bei dieser Besprechung nicht den Mund aufgemacht hat. (Hört, hört!) Entweder man führt einen Kampf oder nicht, und wenn der Kampf von einer anderen Position aus, wo der Kampfplan rein parlamentarisch günstiger ist, begonnen wird, dann muß er von Berlin aus unterstützt werden. Was geschah aber in Berlin? Auf der einen Seite das Reichskabinett, auf der anderen die sächsische Regierung und die Parteifunktionäre. Und Severing mit seinem erdrückenden Material ist dabei, ich meine und liest die Zeitung. (Unruhe. — Zuruf: Er hatte doch längst zur Sprache gebracht!) Es handelt sich doch nicht darum, daß er dieses Material zur Sprache bringt, sondern daß man einmal den Weggang Gehlers erzwingt. Deshalb mußte Severing das Material dort politisch verwenden. Wenn er der Auffassung ist, daß das von mir vorgelegene Material nicht genügt, dann muß er mir doch Hilfe leisten, wenn wir in eine einheitliche Linie hineinkommen wollen.

Bei der Besprechung in Berlin ist uns unerbittlich in Aussicht gestellt worden u. a., daß man durch einen Beschluß des Reichskabinetts Klipp und klar von den illegalen Organisationen abdrücken werde. Gehler hatte gesagt, bis zur Jahreswende hätten solche Beziehungen bestanden, aber seitdem nicht mehr. Wir konnten ihm sofort an der Hand von tausend viel polizeilichen und staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen, bei denen zum Teil bis zu 32 Zeugen vernommen worden sind, nachweisen, daß diese

Beziehungen bis zum 6. September noch gepflogen

wurden. Er erklärte, er wisse nichts davon — um so schlimmer, dann arbeite der Apparat hinter seinem Rücken! Mir wurde dort unerbittlich in Aussicht gestellt, das Reichskabinett werde durch einen Beschluß von diesen Beziehungen und Organisationen abdrücken. Es verdient erwähnt zu werden, daß das Reichskabinett einen solchen Beschluß schon gefaßt und der Reichswehrminister zugestimmt hatte, und doch ist dieser Beschluß nicht in die Öffentlichkeit gekommen. Es muß sich also wieder eine andere Instanz hingemeldet und den Beschluß für den nicht nur Sachsen, sondern die Partei gekämpft hatte, wieder Unklarheit gemacht haben. Für denjenigen, der weiß, was ich sagen will, bedeutet das: das sind sehr bittere Dinge für die Partei, wenn immer eine andere Instanz sich einmischte und Beschlüsse, die von der Partei erzwungen sind in jahrelangem Kampfe, von anderen Instanzen zerschlagen werden. (Hört, hört!)

Nach diesen Besprechungen im Reichskanzlerpalais haben wir uns in Berlin erneut fragen müssen: Ja, können wir diesen Kampf fortsetzen? Und der Bekraker Parteigenosse, der dort war, bemühte sich sehr ernstlich, auf eine Abdämpfung dieses Kampfes hinzuwirken. Er ist auch zunächst etwas abgedummt worden. Der sächsische Landtag sollte ursprünglich sofort einberufen werden. Schließlich ist wenigstens erzielt worden, daß in der ersten Oktoberwoche der Kampf gegen Gehler in aller Öffentlichkeit in Sachsen geführt wird. Weh Gott, ich freite den Berliner Parteigenossen Lutzke und politische Einsicht in keiner Weise ab. Sie haben möglicherweise mehr politische Erfahrung als ich, der ich erst seit 3 Jahren im politischen Leben stehe. Das ändert aber nichts daran, daß auch die Berliner Parteigenossen sich irren können in der Beurteilung einer Situation, namentlich der Frage, ob die Reichswehr in den kommenden Wochen angeht, die Republik zu schützen. (Zurufe: Reinal!) Ich persönlich bin der Auffassung, das kommt darauf an, wer den Kurs in der Reichswehr mitbestimmt. Nun bin ich der Auffassung, daß Gehler den Kurs nicht bestimmt, denn er hat am 11. September zugedehnt, daß er von Dingen, die vorgehen, nichts weiß. Wenn man seinen Worten glauben will, und ich glaube ihm, sind es also andere, die den Kurs der Reichswehr bestimmen. (Zurufe: Secht, Lubendorff!) In einer Erörterung vor dem Staatsgerichtshof ist ja festgestellt worden, daß man die Zeugen nicht vernehmen konnte über die Reichswehrbeziehungen zu Lubendorff, Wärter, Stülpnagel, Wittow-Barbed, der die mecklenburgische Regierung im Kapp-Putsch verhaftet hat, usw. Mit allen diesen bewährten Republikern hat diese illegale Reichswehr Beziehungen! Wer sich nicht künstlich blind machen will, kann nicht bestritten, daß es große Teile der Reichswehr gibt, die eine gewisse Loyalität für die Reichsregierung zeigen, und manche Teile der Reichswehr, besonders in Sachsen, haben vielleicht sogar den ersten Willen, die Republik genau wie gegen links, so auch gegen rechts zu schützen. Aber für große Teile der Reichswehr, besonders in Ostpreußen, Pommern und Süddeutschland, ist es sicher, daß sie entschlossen ist, der Republik in kritischer Situation den Garau zu machen. Vorgefesselt waren böserische organisierte Eisenbahnarbeiter bei mir und haben mich insändig gebeten, in jeder Versammlung, wo ich spreche, den unsäglich bedauerlichen Berliner Optimismus zu bekämpfen, der immer sagt: Wir werden wohl mit knapper Not durchkommen. Eine Reichswehr, mit der man „mit knapper Not durchkommen muß“, das ist kein Instrument der Republik. Was muß jeder in der Partei erkennen. (Zustimmung.)

Genoss ist die jetzige Situation kritisch. Steht die Frage Gehler-Reichswehr zu lösen, dafür ist

ungefähr der kritischste Augenblick

und trotzdem Parteigenossen, wir müssen das jetzt schon tun, wir müssen mindestens jetzt schon die Voraussetzungen dafür schaffen. Denn wir sagen seit Jahr und Tag, jetzt ist die Krise, und nach einigen Wochen stellt sich heraus, es wird noch kritischer, und nach einigen weiteren Wochen ist es immer noch kritischer geworden. Wir können uns also nicht damit trösten, daß jetzt der kritischste Augenblick ist, es werden immer kritischer kommen, bis zu dem Augenblick, wo die Republik nicht mehr „Piep“ sagen kann. Deshalb bin ich der Auffassung, es muß endlich einmal erkannt werden, was es bedeutet, die Arbeiter hinter sich zu haben. Es ist ein vollständiges Mißverständnis, wenn es in der Resolution Heine-Schlegel heißt: Das Vertrauensverhältnis ist nur zu erhalten, wenn sich die großen Massen hinter die Fraktion und die Parteileitung stellen. Wir in Sachsen sagen: Dieses Vertrauensverhältnis ist nur zu erhalten, wenn Fraktion und Parteileitung sich vor die dreien Massen stellen. (Beifall und Hände klatschen.) Das heißt

nämlich, daß der politische Kurs nicht gegen den Willen der Massen von Fraktion und Parteileitung bestimmt wird, sondern daß er von den Massen bestimmt wird und Fraktion und Parteileitung lediglich die ausführenden Organe sind. (Erneuter Beifall und Hände klatschen.)

Ueber die Fragen, die sonst in dieser Resolution und in anderen Resolutionen angechnitten worden sind, hier zu sprechen, erscheint mir schief, denn ich bin nicht eingeladen, zu all diesen Dingen zu sprechen, sondern lediglich zu der Frage der Reichswehr. Nun verleihe ich gar nicht, die ganze Situation drängt jetzt auf eine Klärstellung der Verhältnisse hin: die Republik, die Autorität, die Monarchie, die Reaktion oder wie man das Schlagwort sonst faßt. Da bin ich der Auffassung: wir haben am 11. und 12. August gesehen, was es bedeutet, wenn die Massen mobil werden. Wohlverstand, nicht nur die Massen aus unseren Reihen und die Kommunisten, sondern wenn auch der ungeheure Unwille breiter bürgerlicher Schichten sichtbar wird. Ich bin der Auffassung, bis tief hinein in die bürgerlichen Reihen ist man des Streites um die Reichswehr — nicht des Streites um die Person Gehlers — müde; die Person ist uns gleich, es handelt sich um das System. Ich bin der Auffassung, wenn eine Organisation von unserer Stärke der Reichsregierung kategorisch sagt — jetzt im Augenblick ist der Rücktritt Gehlers vielleicht nicht opportun, aber die Reichsregierung muß sich klar sein: wir werden nicht im republikanischen Sinne und wirklich einheitlich zusammenarbeiten können, so lange diese ungeheure Kraft, jenes ungeheure Mißtrauen besteht, welches die gesamte Arbeiterschaft, die gesamte politische Linke gegen die Reichswehr und gegen den Reichswehrminister erfüllt. Man muß glattweg sagen, wir können die Parteigenossen nicht am Fingel haben, wir können diese Massen nicht eines Tages für die Republik in die Wagschale werfen, wenn nicht auch die andere Seite zur Einsicht kommt, daß man der Stimmung, der Ueberzeugung dieser Masse Rechnung tragen muß. Es handelt sich gar nicht mehr darum, daß die Frage vor einem juristischen Forum geprüft werde, ob Gehler, Zeigner oder Severing, ob die politische Linke oder Rechte recht hat. Es handelt sich darum, daß das Vertrauen der Arbeiterschaft zu einer republikanischen Regierung wieder hergestellt wird. Ich sage Ihnen auf Grund dringender Zuschriften der Parteileitungen im Reich: die Partei im ganzen Reich ist in wachsendem Umfange in einer lebhaften Bewegung gegen die Reichswehr begriffen, wenn nicht die Frage Gehler endlich bereinigt wird. Das braucht nicht morgen oder übermorgen zu sein, aber es muß unbedingt in den nächsten Wochen geschehen. Man sagt, die Massen seien gar nicht imstande, die ungeheure Krise, in der wir uns befinden, wirklich zu beurteilen. Ich wünsche, jener gesunde rechte Sinn, den ich oft bei den einsichtigen Parteigenossen finde, wäre auch bei den führenden Genossen immer vorhanden. (Sehr richtig!) Man sagt, ich arbeite zuviel mit Aktien. Ich hoffe, daß ich trotz der Aktien die Frühjahrsnahme mit den einsichtigen Parteigenossen erhalten habe, und diese sagen alle: So geht nicht weiter!

Nur noch eine persönliche Bemerkung: Genosse Heilmann soll zu meiner Verwunderung hier in Berlin die Auffassung verbreitet haben, mein ganzes Material sei bei der Besprechung in der Reichskanzlei in nichts zerklüftet, so daß ich zum Schluß Entschuldigungen gestammelt hätte. Ich darf demgegenüber feststellen, daß, als ich dem Genossen Rodbruch Vorhaltungen machte, warum er sich nicht an der Diskussion beteiligt habe, Rodbruch mir antwortete: Ja, das war doch gar nicht notwendig. Sie haben doch glänzend abgeschlossen, da war jedes Wort überflüssig. Und Genosse Dittmann hat in Dresden gesagt: Es war ja gar nicht notwendig, daß Sellmann und Severing über die Frage Gehler sprachen, denn nach der ganzen Stimmung, die auf den Befehl der Reichsminister und der anderen Beteiligten lag, stand fest, daß die Reichsregierung überfordert war durch den Umfang und die Beweislast dieses immerhin bescheidenen Materials. Also Heilmann sollte mit solchen Argumenten vorsichtiger sein, sie fördern die Zusammenarbeit nicht.

Zum Schluß noch eins: Entscheidend wird nicht sein, wie die Partei die Frage Gehler, Reichswehr, illegale Organisationen ansieht, entscheidend wird sein, daß die Parteigenossen das Gefühl bekommen: Wenn die Partei ihr ganzes Gewicht in die Wagschale wirft, dann ist das von solcher Bedeutung, daß niemand sich ihren Forderungen verschließen kann. Wird die Partei die Frage Gehler nicht lösen, dann seien Sie sich klar: Nicht nur die Kommunisten, sondern auch weite bürgerliche Kreise werden dann sagen, daß die Partei einem wirklichen Entscheidungskampf hart auf hart ausweicht. Es geht nicht um Gehler, sondern um das Ansehen der Partei vor den eigenen Parteigenossen. Und diese Frage müssen Sie im Reich lösen, wie wir es in Sachsen in den nächsten Tagen auch versuchen werden. Ich bitte dringend, sorgen Sie dafür, daß von unten her in der Partei der Druck so stark wird, daß die Instanzen Mut und Energie haben und nicht einer Entscheidung ausweichen, die wir haben müssen und haben werden, für die aber die Kampfbedingungen mit jedem Tage ungünstiger werden. Dafür zu sorgen, ist Ihre Pflicht, Parteigenossen, ist Ihre Pflicht! (Beifall und Hände klatschen.)

Hierauf wird die politische Aussprache fortgesetzt.

Genosse Klähs beantragt zur Geschäftsordnung, daß ein Mitglied des Parteivorstandes und der Fraktion über die Verhandlungen mit Stresemann im Falle Zeigner-Gehler Bericht erstatten sollte. Der Antrag findet Annahme.

Genosse Crispian berichtet als Parteivorstandsmitglied über die Sitzung am 18. September

und teilt mit, daß mit einer Reihe von Genossen aus Sachsen, die nach Berlin gekommen waren, Besprechungen geführt worden sind, an denen Weis, Dittmann, Künzler und er selbst teilgenommen hätten. Außerdem wären Severing und einige Genossen aus der Reichsregierung zugegen gewesen. In dieser Sitzung, so fährt er fort, wurde von mir ausgeführt, daß es gar keinen Sinn habe, zur Reichsregierung zu gehen und sich darauf zu beschränken, daß Gehler wegen formeller Verstöße entfernt werden solle. Man müsse vielmehr verlangen, daß nicht nur Gehler entfernt werde, sondern wir hätten uns mit der Reorganisation der Reichswehr zu beschäftigen. Diese Meinung fand nicht die Mehrheit, weil man fürchtete, daß dadurch ein Konflikt in der Regierung ausbrechen müsse und daß das ein Auseinanderfallen der großen Koalition bedeute. (Große Unruhe und Bewegung.) Nur die Fraktion könne hier entscheiden. Mit Bezug auf die Regierungsbesprechung muß ich anerkennen, daß der Genosse Weis in dieser Sitzung, trotzdem Stresemann vorgelesen hatte, daß er Zeigner sehen wolle, worauf man Gehler hätte kommen lassen, sofort erklärte, daß unsere Partei es nicht mehr ertragen könne, daß Gehler noch weiter im Amt bleibe. Das ist nicht ohne Eindruck auf die Regierung geblieben. Dann wurden die bekannten Fälle mit der sächsischen Regierung behandelt. Gehler hat, was öffentlich schon dargelegt wurde, bei dieser Gelegenheit Punkt für Punkt behauptet. Ich selbst war sehr verwundert.

drei verschiedene Aktenstücke

kennen zu lernen. In dem einen stand, daß die persönlichen Beziehungen mit der sächsischen Regierung abgebrochen werden sollten. Das konnte nur gesellschaftliche Beziehungen heißen, und solche hatten nie bestanden. (Heiterkeit.) Dann lernten wir durch Gehler noch ein zweites Aktenstück kennen, das von einem seiner Referenten angefertigt war, und in diesem stand wieder, daß jeder Verkehr mit der sächsischen Regierung abzulehnen sei, und in einem dritten stand, daß der Dienstverkehr auf bestimmte Dinge beschränkt werden solle. Daraus können wir die Wirklichkeit im Reichswehrministerium erkennen. Ich bin in der Ansicht bestärkt worden, daß die Offiziere der Reichswehr alles nachweisen, was man von ihnen verlangt. Genosse Zeigner hat darauf aufmerksam gemacht, daß er einmal 32 Zeugen in einem seiner Fälle benannt hätte und daß ihm daraufhin von der zuständigen Reichsstelle mitgeteilt worden sei, daß an der ganzen Sache nichts dran sei. (Bewegung.) Es hat also auch gar keinen Sinn, sich juristisch mit diesen Dingen zu beschäftigen. Wenn wir nicht die ganze Reichs-

wehr ändern, können wir nichts anfangen. Ich will anerkennen, daß alle Genossen sich sehr energisch für die Veränderung des Reichswehrsystems eingesetzt haben. Ich habe den Genossen Zeigner gebeten, noch einige markante Fälle zusammenzustellen und auch uns mitzuteilen. Wir müssen immer sachlich sein. Es können die besten Männer in der Regierung stehen, aber sie müssen sich doch darüber klar sein, daß sie gegen dieses System machtlos sind. Ich nahm an, daß eine von Gehler und Ebert vor kurzem gegebene Erklärung, die sich mit den Zuständen in der Reichswehr befaßt, der Willensausdruck der gesamten Regierung gewesen sei. Wenn aber, nachdem was Genosse Zeigner heute hier gegenüber dieser Erklärung sagte, das nicht zutrifft (Genosse Zeigner nicht), dann hat es keinen Zweck, sich mit dieser Gesellschaft herumzuschlagen. (Beifall.)

Folgender Antrag des Genossen Schiff wird verlesen: Genosse Zeigner möge sich zu der Frage äußern, ob es richtig ist, daß er sich am Tage des Regierungswechsels

gegenüber den Genossen Dr. Breitscheid dahin geäußert hat,

1. daß die Bildung der großen Koalition unvermeidlich sei,
2. daß Gehler in der neuen Regierung aufgenommen, daß aber erst nach und nach zu seiner Entfernung geschritten werden müßte.

Genosse Zeigner: Am 10. oder 9. August hatte ich an Genossen Ebert geschrieben, daß ich wegen des kompromittierenden Materials ihn dringend sprechen müsse. Ebert hatte mich zu Sonntag, den 12. August, nachmittags 4 Uhr, zu sich gebeten. Am Sonnabend war ich im Aeroklub, dort traf ich zufällig Breitscheid und v. Gerlach. Hier wurde mir manches über die moralische Korruption in Berliner Parteifreien mitgeteilt, was mich mit Entsetzen erfüllte und unter dem Eindruck dieser Mitteilungen habe ich gesagt: Dann wird mir allerdings begreiflich, daß man in die große Koalition geht. Es ist ein politischer Unfug zu behaupten, daß ich der Meinung gewesen sei, daß Gehler nicht verschwinden müsse. Ich sagte meinen Besuch beim Reichsanwalt ab, aber als ich am Abend bei Severing war, erfuhr ich, daß Gehler bleiben würde. Daraufhin habe ich einen Brief an den Reichspräsidenten geschrieben, in dem der sofortigen oder in kürzester Frist zu erfolgenden Rücktritt des Reichswehrministers forderte. Das klingt nicht für eine Propaganda für Gehler. Ich habe den ganzen Tag auf der Postkassette gelesen und auf Antwort gewartet, weil ich annehme, daß solche Dinge als wesentlich angesehen würden für die Bildung einer Regierung. Ich habe mich getäuscht. Ich habe keine Antwort erhalten. Die Thüringer Regierung hat ihrerseits die Reichsregierung ersucht, mich zu hören. Die abschlägige Antwort der Regierung ist mir nur schriftlich mitgeteilt worden.

Genossin Dohm-Schuch erklärt zu dem Widerspruch zwischen Breitscheid und Zeigner, daß man diesen hier nicht beurteilen könne. Aber in der Reichstagsfraktion habe Genosse Breitscheid die Frage so dargestellt, wie sie in dem Antrag Schiff enthalten sind. Die Aussprache hierüber müsse man den Genossen Breitscheid und Zeigner überlassen.

Genosse Klähs: Sie alle waren ebenso überrascht wie ich, daß der Genosse Weis vor Zeigner es gewagt ist, der im Namen der Partei den Rücktritt Gehlers verlangt hat. Es ist doch sehr komisch, wenn der Genosse Zeigner den Anschein erwecken will, als wenn die ganze Parteileitung schief ist, und doch erst einer aus Sachsen kommen müsse, um sie auf ihre Pflicht aufmerksam zu machen. Erst der Genosse Crispian mußte hier mitteilen, daß die ganze Parteileitung der Meinung war, daß Gehler zurücktreten müsse. Genosse Zeigner sprach von der einheitlichen Linie, die die Partei einhalten müsse. Wenn der verlangt, daß Parteitag und Parteileitung in derselben Richtung arbeiten wie er, dann sollte er zunächst danach trachten, selber einheitliche Linien einzufassen.

(Große Unruhe, erregte Zwischenrufe.) Dazu gehört nicht, daß ein Mitglied des preussischen Landtags nach Dresden fährt und Genossen Zeigner bittet, hierher zu kommen und gehörig auszusapfen. (Lärmende Unterbrechung.) Genosse Reier war am vorigen Bezirksparteitag im Besitz sehr wichtiger, aber in Parteifreien nicht ganz unbekannter Dokumente. Wo er sie her hatte, wissen wir heute. (Große Unruhe, Zwischenrufe.) Heute hat hier Zeigner selbst gesagt, im Augenblick erscheine ihm der Rücktritt Gehlers nicht opportun, er könne später, in Wochen oder Monaten erfolgen. (Stürmische Unterbrechungen. Zurufe: Das hat er nicht gesagt!) Damit hat er das selbe gesagt, was von den Parteigenossen in der Regierung ausgeführt wurde. Wenn Sie ehrlich sind, werden Sie zugeben müssen, daß gerade der „Vorwärts“ den Kampf gegen die illegalen Organisationen mit großer Schärfe geführt hat. (Stürmische Zurufe.) Die Partei hat Erfolg gehabt: Die Partei hat erreicht, daß die Untersuchungen über die Vorgänge bei den Geheimorganisations nicht Gehler, sondern den sozialdemokratischen Innen- und Justizminister übertragen worden sind. Der Redner erwähnt die Uebermittlung eines Berichts und einer Entschädigung, die noch nicht zur Annahme gelangt war und von der auch nur ein kleiner Kreis von Parteigenossen Kenntnis hatte, an die „Rote Fahne“ und schließt mit den Worten: So wie ich die verachte, die der „Roten Fahne“ Material zugezogen haben, verachte ich alle Zuträger. (Große Unruhe, vereinzelter Beifall.)

Genosse Schlegel: Die Untersuchung darüber, wie der Bericht und die Resolution in die „Rote Fahne“ gekommen sind, ist noch nicht abgeschlossen. Es besteht aber nur die Möglichkeit, daß nur aus diesem Saal heraus die Weiterverbreitung in irgendeiner Form erfolgt ist.

Zur Geschäftsordnung verlangt Bernhard Krüger, daß alle Redner sachlich angehört werden. Das entspricht der Würde des Bezirkstages. Er bittet, die Debatte über den Fall Zeigner-Gehler zu beschränken, um zu einem politischen Entschluß zu kommen, den die Genossen in den Betrieben so nötig brauchten.

Genosse Schlegel bittet, möglichst im Sinne dieser Anregung zu verfahren.

Genosse Kleffe: Die letzte halbe Stunde hat uns gezeigt, daß wir den

Genossen Zeigner gegen Gehler unterstützen

müssen. Alle die, der der großen Koalition zugestimmt hatten, haben geglaubt, grundlegende Veränderungen zu erreichen. Die anderen waren der Meinung, daß eine solche Veränderung nicht möglich sei. Der Dollar ist weiter gestiegen, die Steuerabotage nimmt zu. In keiner Rede unserer Minister ist von der Erfassung der Sachwerte gesprochen worden. Dagegen hat Stresemann in einer Zeit von dem Kabinettag gesprochen, daß man das Schlimmste befürchten kann. Wenn die Dinge so liegen, wie Genosse Bernstein es kennzeichnete, dann hätte die deutsche Sozialdemokratie nichts anderes zu tun, als für ein anständiges Vorgehen zu sorgen. Die Masse ist von dem Gefühl beherrscht, daß etwas geschehen müsse. Wenn es so weiter geht, kann es kommen, daß ein Diktator die Masse beherrscht. Der Redner empfiehlt schließlich die Annahme der Resolution Crispian-Künzler-Kaufhäuser. (Beifall.)

Genosse Rubens: Die Macht der Arbeiterschaft muß ausgebaut werden in der Verwaltung und in der Justiz. Und gerade da haben wir erhebliche Bedenken gegen die große Koalition. Es handelt sich hier um die vollkommene Verrottung unseres öffentlichen Verwaltungswesens. Der Redner kritisiert sehr scharf die einzelnen Verwaltungszweige. Man hat Tausende von Postbeamten entlassen, angeblich um zu sparen, andererseits Hunderte von Offizieren in die Reichsverwaltung übernommen. Hier muß aufgeräumt werden. Unvergänglich wird das Herausreiben der reaktionären Verwaltungsbeamten sein, so wie es der Genosse Zeigner in Sachsen getan hat. (Beifall.)

(Schluß des Berichts in der Morgenausgabe.)

Genosse Breitscheid erklärt uns, daß die Darstellung, die Genosse Zeigner von der Besprechung im Aeroklub gegeben hat, vollständig unrichtig ist. Er hält seine eigene Darstellung für richtig und hat über den ganzen Vorgang dem Parteivorstand Bericht erstattet.

Moderne Propheten.

Kartenlegerinnen, Hellseher und andere zuverlässige Propheten haben augenblicklich in Berlin Haupt- und Hochsaison. Man wird im allgemeinen das Sichernwundern über diesen Wahnsinn nicht groß werden lassen, weil man weiß, daß harte und unbarmherzige Zeiten die Bergweiser und namentlich die geistig Armen unter ihnen gern zu herartigen Mitteln greifen läßt, um einen Blick in die geheimnisvolle Zukunft zu tun. Während des Krieges haben sich die Kartenlegerinnen in Berlin vor Kunden kaum lassen können und aus den Portemonnaies derer, die nicht alle werden, respektable Summen gezogen. Durch die Prophezeiungen der Kartenlegerinnen ist so manches Unheil entstanden, und Selbstmorde von Kriegerfrauen waren nicht selten auf das Konto der Kartenlegerinnen zu verbuchen. Die Polizei griff dann schließlich ein, was sie übrigens heute auch wieder tun mußte, und dem Unfug wurde bald gesteuert.

Indessen diese Weisfager sind verhältnismäßig noch harmlos im Gegensatz zu den modernen Propheten, die augenblicklich in Berlin in den Sälen auftreten und stets eine große und andächtige Gefolgschaft haben, die die Säle restlos füllt. Diese Propheten befaßen sich ausschließlich mit der „hohen“ Politik und richteten in den Köpfen heillos Verwirrung an. Große Plakate an den Sitzsäulen laden zu den Versammlungen ein. „Beistift und Papier mitbringen“, steht bezeichnenderweise auf den Plakaten, um damit darzutun, daß diese Ausführungen so wertvoll und wichtig sind, daß man sie unbedingt aufzeichnen muß, um sie schwarz auf weiß nach Hause tragen zu können. Und dann ist man im vollen Saal und hört vom Podium stundenlang, ohne das jemand zu muhen und zu widersprechen magt, den hochmütigsten Unsin. Poincaré wird ermordet werden, im November stehen die Franzosen vor Berlin, in diesem Winter werden Tausende verhungern und erfrieren, Revolution, Revolution und Blutvergießen werden nicht ausbleiben, und weiter und weiter geht es, immer tiefer in Blödsinn und Überwitz hinein. Man muß sich wahrlich wundern, wie ein Mensch in zwei Stunden so viel Unsin produzieren kann, aber noch mehr erstaunt muß man sein darüber, daß den Zuhörern nicht die Geduld reißt und sie der Farce nicht ein Ende bereiten.

Und die Zuhörer? Weistens sind es jene „Bürger“, die seit jeder für Ruhe und Ordnung oder das, was sie darunter verstehen, die für die Monarchie eingetreten sind und nun hoch auf die Republik haben. Nicht selten sieht man unter den Zuhörern liebe Leute, die am Sonntag fromm zur Kirche pilgern und mit derselben Andacht diesen Predigern und Propheten zuhören. Diesem Unfug muß entschieden mit allen Machtmitteln gesteuert werden. Hier handelt es sich nicht nur darum, Unmündige und geistig Arme vor unnützen Gebrauchsgegenständen zu bewahren, hier steht Größeres, Höheres auf dem Spiel.

Auf dem Kartoffelacker erschossen.

Höhe Belohnung für Ermittlung des Täters.

Ein Leichensund auf einem Kartoffelacker rief den Nordberichtsamt der Berliner Kriminalpolizei am Sonntag vormittag nach Mariendorf. Siedler hatten dort gegen 8 Uhr früh etwa 200 Meter weit von der Lichterdrähe Chaussee, unmittelbar an der Gaspar Stromleitung einen Mann in einer großen Blutlache tot aufgefunden. Beamte des Reviers 102 in Mariendorf stellten fest, daß er erschossen worden ist.

Die Aufnahme des Tatbestandes ergab, daß der Mann zweifellos beim Kartoffelausmachen erschossen worden ist. Er lag vornüber mit dem Kopf in einer großen Blutlache. In den Taschen des Toten fand man Papiere auf den Namen eines 60 Jahre alten Kaufmanns Valentin Schildknecht. Die Nachforschungen ergaben alsbald, daß der Tote auch mit diesem identisch ist. Schildknecht wohnte in der Friedrich-Wilhelm-Str. 69 zu Tempelhof und war schon seit längerer Zeit ohne Arbeit. Am Sonnabendabend hat er keine Wohnung gegen 4 1/2 Uhr verlassen und eine schwarze Lederne Handtasche mitgenommen, die noch bei der Leiche gefunden wurde. Er hat sich, ohne bei seinem Fortgehen etwas davon zu erwähnen, wahrscheinlich bei andrer Dunkelheit nach dem Kartoffelacker begeben, um Kartoffeln auszugraben. Dabei scheint er von irgendeiner Person, die noch nicht festgestellt werden konnte, beobachtet worden zu sein. Von der Chaussee her hat diese auf ihn gefeuert und ihn durch einen Schuß in die rechte Kopfseite getötet. Die Kugel ist von einer kleinkalibrigen Waffe. Ein Postgeländ, der auf die Spur geföhrt wurde, vermochte diese nicht zu verfolgen. Nach Aufnahme des Tatbestandes und Besichtigung der Leiche durch den Gerichtsarzt wurde diese beschlagnahmt und zur weiteren Untersuchung nach dem Leichenschauhaus gebracht. Von seiten der Kriminalpolizei wird eine hohe Belohnung auf Ermittlung des Täters ausgesetzt werden. Wer darüber zweideutige Mitteilungen machen kann, wird ersucht, sich bei den Kriminalkommissaren Bürger und Busch im Zimmer 68 des Berliner Polizeipräsidiums zu melden.

Wie uns später mitgeteilt wird, hat die Untersuchung des Gerichtsarztes ergeben, daß die Leiche keine äußeren Verletzungen aufweist. Es ist somit anzunehmen, daß der Mann in völliger Aufregung einen Blutsturz erlitten hat. Zu genauerer Feststellung der Todesursache wurde die Leiche nach dem Schauhaus gebracht.

Kinderausagen vor Gericht.

Den Wert von Kinderausagen beleuchtete wieder einmal eine Verhandlung vor Gericht, die gleichzeitig ein grelles Schicksal auf die Frühreife von Kindern warf. Fast zwei Jahre hatte der Hausbesitzer Behinger unter dem schweren Verdacht des Eittlichkeitsverbrechens gestanden, bis es ihm gestern gelang, sich durch seine Freisprechung zu rehabilitieren. Behinger war von zwei Mädchen im Alter von 9 und 14 Jahren beschuldigt worden, sie in unzüchtiger Weise berührt zu haben. Die Sache kam dadurch ins Rollen, daß die beiden Kinder ihren Freundinnen davon erzählten und daß durch die letzteren deren Eltern von der Geschichte Kenntnis erhielten. Behinger wurde unter Anklage gestellt, nachdem auch noch eine Reihe anderer Mädchen nacheinander mit der Behauptung aufgetreten waren, daß er ihnen gegenüber allerhand schlüpfrige Redensarten gebraucht habe. Die beiden Mädchen, an denen sich Behinger vergrangen haben sollte, hielten vor Gericht ihre Aussagen kund, leizierten dieselbe jedoch derart ab, daß es den Eindruck machte, als ob sie auswendig gelernt hätten. Auf Befragen von Rechts-

anwalt Dr. Buppe bestritten die jugendlichen Zeuginnen, daß sie erwachsenen Personen Mitteilungen über ganz intime Vorgänge im elterlichen Hause gemacht hätten. Die Bemerkung der ganz erwachsenen erwachsenen Zeugen erbrachte aber den Nachweis, daß die Kinder diese Mitteilungen über ganz unglückliche Vorgänge, die sich im elterlichen Hause abgespielt haben sollten, gemacht hätten. Das Gericht folgte daraufhin dem Antrage des Verteidigers und sprach Behinger frei.

Wegen eines großen Dachstuhlbrandes wurde die Berliner Feuerwehr gestern abend in der sechsten Stunde nach der Belle-Alliance-Straße 39 alarmiert, wo aus noch nicht ermittelter Ursache Feuer ausgebrochen war. Als der 11. Lösckzug an der Brandstelle ankam, schlugen die Flammen schon mit dichtem Qualm vermischt aus den Dachlukfen empor. Durch kräftiges Löschen gelang es dem Feuers Herr zu werden und eine weitere Ausbreitung zu verhindern. Der Schaden ist trotzdem erheblich.

Zusammenstoß zwischen Polizei und Jugendlichen. Gestern vormittag hielt die kommunistische Jugend in den Sophienböden eine Versammlung ab. Trotz des Verbotes von Umzügen bildete sich nach Schluß der Versammlung gegen 12 Uhr mittags ein Zug von etwa 3000 Jugendlichen, die die Rosenhalden Straße entlang marschierten. Als Polizeibeamte der Reviere 7 und 8 und das Ueberfallkommando Alexander dem Zuge entgegentraten und die Teilnehmer aufforderten, auseinanderzugehen, wurden die Beamten bedroht und angegriffen, so daß sie mehrmals von der Hieb- und Stoßwaffe machten mußten. Ein Beamter, dem man das Seitengewehr zu entreißen versuchte, gab einen Schuß ab, durch den aber niemand verletzt wurde. 7 Personen mußten den Weg zur Wache antreten. Die durch die Säbelstiche Verletzten sind von ihren eigenen Leuten schleunigst fortgeschafft worden, so daß ihre Feststellung nicht möglich war.

Tiergartenräuber. Im Tiergarten wurde am Sonnabendabend die Buchhalterin Nina R. vom Hofsteiner Ufer überfallen und beraubt. Als diese gegen 9 Uhr die Umgebung des Bahnhofs Tiergarten passierte, wurde sie plötzlich von einem etwa 18 Jahre alten Buraken angefallen, der ihr mit Gewalt die Handtasche entriß und damit in den dunklen Tiergarten entlief. Obwohl die Ueberfallene mit anderen Leuten sofort die Verfolgung des Räubers aufnahm, konnte dieser nicht ermittelt werden. Die Handtasche enthält über eine Milliarde Mark bares Geld.

In einer Vorstandssitzung des Vereins für das Märkische Museum wurden die durch den Tod zweier Mitglieder und durch andere Umstände entstandenen Lücken ergänzt. Zum ersten Vorsitzenden wurde an Stelle des Bürgermeisters Reicks der Stadtrat und Syndikus Bange gewählt, zum zweiten der bekannte Sammler und Kunstfreund Friedrich Vortmann. Es wurden ferner der Staatssekretär a. D. Syndikus Oscar Meyer sowie Professor Dr. Reinitz zu Mitgliedern des Vorstandes ernannt. In Anbetracht der schwierigen Wirtschaftsverhältnisse wurde beschloffen, von der Einberufung der Hauptversammlung für dieses Mal abzusehen, sowie keine Jahresbeiträge einzuziehen. Vielmehr werden die Mitglieder gebeten, unaufgefordert einen von ihnen selbst zu bestimmenden Betrag einzufenden.

Gefangenerevolte in Marienburg. In der Strafanstalt Marienburg meuterten 600 Strafgefangene angeblich wegen schlechter Verpflegung. Sie zerstörten die Inneneinrichtungen und versuchten gewaltsam auszubrechen. Die Wärter mußten von der Waffe Gebrauch machen, wobei ein Gefangener getötet und mehrere verletzt wurden. Aus Allenstein herbeigeschickte Schutzpolizei stellte die Ordnung wieder her.

Sport.

Weiß in Treptow siegreich. Die Treptower Radrennen hatten am Sonntag einen Massenbesuch zu verzeichnen. Die beiden vorgehenden Dauerrennen standen im Vordergrund des Programms. Verteidiger des Johannes-Pundi-Wanderpreises über 25 Kilometer hinter Rotoren war Lewanow, der starke Gegner wie Weiß, Thomas und Stellbrink gegen sich hatte. Bei Beginn dieses Rennens übernahm Weiß hinter Schadebrodt die Führung, während Stellbrink hinter Reichner folgte. Nach der 20. Runde griff Lewanow Stellbrink an, doch vermochte er diesen Angriff noch nicht zu vollenden. Etwa 24 Runden vor Schluß fiel Stellbrink vom Motor ab, und Lewanow folgte Weiß dichtauf. Geppert als Schrittmacher Lewanows verstand diesen Moment nicht auszunützen und so ging Weiß fünf Meter früher durchs Ziel. Im Großen Herbstpreis über 75 Kilometer zeigte sich Lewanow als rechter Draufgänger. So fuhr er des öfteren Zeiten, die den Ausbruch „blendend“ mit Recht verdienen. Schon nach einigen Runden hatte er Weiß und gleich darauf den führenden Stellbrink überholt, der im übrigen mit Defekten reich gesegnet war. Lange sollte Lewanow die Führung nicht behalten. In der 90. Runde griff Schadebrodt erfolgreich an, und Weiß besch wieder die Spitze. Thomas nahm den zweiten Platz ein, während der ärgerliche Lewanow den dritten belegte. Thomas erlitt in der 103. Runde Reifenschaden, so daß der folgende Lewanow wieder Zweiter wurde. Die Reifenschäden verhängten auch Lewanow nicht. Weiß gewann dadurch einen größeren Vorsprung, der seinen Sieg nur beschleunigte. Sechs Runden vor Lewanow beendete Weiß das Rennen. Das Laubemfahren hielten sich Reinas-Schutz. Den Sieg im Punktefahren stetzte Stolz ein.

Resultate: Johannes-Pundi-Wanderpreis über 25 Kilometer: 1. Weiß, 23 Min. 47,1 Sek. 2. Lewanow, 5 Meter zurück. 3. Thomas, 270 Meter zurück. 4. Stellbrink, 850 Meter zurück. 30 Runden-Punktefahren. Endergebnis: 1. Stolz, 14 Min. 28,3 Sek. 2. Hoffmann, 13 Punkte. 3. Schulz, 11 Punkte. 4. Häußler, 10 Punkte. 5. Naujokat, 7 Punkte. Landerennen über 1500 Meter. Endlauf: 1. Schulz, Reinas, 2. Hoffmann-Häußler, 3. Reibelbacher-Giebel, 4. Einzelberg-Weber. 20 Runden-Punktefahren für Amateure. Endergebnis: 1. Donath (Hermes) 8 Min. 41,1 Sekunden 9 Punkte. 2. Schmidt (Krampe) 9 Punkte. 3. Mar (Krampe) 8 Punkte. 4. Gode (Endpunkt) 3 Punkte. Großer Herbstpreis über 75 Kilometer: 1. Weiß, 1 Stunde 13 Min. 28,3 Sek. 2. Lewanow, 1890 Meter zurück. 3. Thomas, 2400 Meter zurück. 4. Stellbrink, 8210 Meter zurück.

Der große Städte-Fußballkampf Wien-Berlin, der am Sonntag im Stadion vor sich ging, brachte den Sieg der Wiener Mannschaft, die die Berliner Elf mit 3:1 schlagen konnte. Etwa 60 000 Personen wohnten dem Spiel bei.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Trocken und hell, aber nur morgens und abends etwas neblig, nachts kühl, in den Mittagsstunden mild bei schwachen westlichen Winden.

Gewerkschaftsbewegung.

In der Kartonnagenindustrie sind für die Woche vom 21. bis 27. September neue Löhne vereinbart und zwar für Fabrikarbeiter in der Spitze 15,3 Millionen pro Stunde. — Auch für die Feinspinn- und Wollspinnindustrie sind neue Löhne vereinbart. Letzte vom Montagmittag ab im Buchbinderverband.

Den Abbau der Kohlensteuer zugunsten der Bergarbeiterlöhne forderte eine Konferenz von Arbeitervertretern des Braunkohlenbergbaus in Köthen am gestrigen Sonntag, die aus den Köthener Halle, Nordhausen, Zeitz und Senftenberg besetzt war. In der entsprechenden Entschlebung wurden außerdem die Feierschichten und Entlassungen rekurteilt und die Erzwingung der Durchführung der nicht erfüllten Schiedsprüche verlangt, andernfalls eine schleunigst einberufene Volkskonferenz für ganz Mitteldeutschland entscheidende Beschlüsse fassen soll.

Diese Meldung zeigt wieder einmal den Wahnsinn der kapitalistischen Wirtschaftsweise. Die Bergarbeiter im mitteldeutschen Kohlenrevier müssen Feierschichten machen, werden teilweise entlassen, weil die große Masse der Arbeitnehmerschaft bei den hohen Preisen für Briketts sich den notwendigen Vorrat für den Winterbedarf nicht beschaffen kann. Den Arbeitern im Braunkohlenbergbau fehlte es sicherlich nicht an Arbeit, wenn die „verbilligten“ Brikettslohlen gekauft werden könnten.

Vom schließlichen Bergarbeiterstreik wird berichtet, die Verhandlungen mit den Bergarbeitern, die der Ministerpräsident persönlich führte, erfolglos geblieben. Die Bergarbeiter haben den Vorschlag des Ministerpräsidenten, die Löhne um 10 Proz. herabzusetzen, angenommen. Es fehlt noch die Erklärung der Grubenbesitzer, die eine Herabsetzung um 30 Proz. gefordert hatten, aber auf 25 Proz. zurückgegangen waren.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Sonnt., Montag, den 24. September:

121. Wkt. Arbeiterhäuser. 8 Uhr bei Rabatsch, Wladimirstraße: Funktionärskonferenz
 122. Wkt. 7 1/2 Uhr bei Magwitz, Bornimstr. 12
 123. Wkt. Treptow. 7 1/2 Uhr Schule Wlidenbruchstraße. Bericht der Genossin Lohndrogen.
 124. Wkt. Reinickendorf-Ost. 7 1/2 Uhr Jugendheim Seebad, Residenzstr. 49. Vortrag der Genossin Dr. Hoffe über: „3 1/2“.

Kleines Feuilleton.

„Ueberteufel“.

(Die Junge Bühne im Staatstheater.)

Aus der gestrigen Premiere der Tragödie „Ueberteufel“ von Hermann Essig im Schauspielhaus ging das Publikum mit Eren hervor. Es blamierte sich nicht wie vor drei Jahrzehnten, als es, die neue Zeit nicht begriffend, die ersten naturalistischen Dramen auslachte. Mancher empfand die gewaltigen Szenen der Essigschen Tragödie als gewaltsam und mußte keine Stellung zu ihnen finden. Die Haltung der Zuschauer aber war würdig, und am Schluß befreite sich jubelnder Beifall aus der in den Bann der Dichtung geschloffenen Brust. Der Regisseur Lehner mußte immer wieder vor die Rampe. Der Dank galt vor allem seinem Rat, den „Ueberteufel“ auf die Bühne gestellt zu haben, endlich, über 10 Jahre, nachdem er erschienen war. Hermann Essig der Dichter, konnte leider nicht vor sein Publikum treten und sich an der Begeisterung freuen. Er ist vor fünf Jahren in Armut gestorben. Das ist die ewige Tragik derer, die sich anstrengen gegen den trüben Trost, gegen das Ateben am Gewohnten und Althergebrachten, derer, die Pfadfinder sind einer neuen Zeit. Die Zeit stellt sich gegen sie. Das Alte ist der Feind des Neuen. So herum ist der Satz auch richtig; so ist er sogar noch wichtiger.

Im „Ueberteufel“ sucht Essig eine neue Kunstform, er tastet in der verwirrenden Flut der Erscheinungen nach dem Sinn des Lebens, er misstraut dem Schein der Wirklichkeit, die unwahrscheinlich geworden ist, weil die Welt im Wust verlogener Konvention zu kompliziert geworden ist, als daß sie sich noch erkennen könnte. Er reißt den Schleier von den Geschehnissen, mit dem wir unser Tun verbeden und unser Eigenbild verdunkeln und verzerren, und führt sie auf einfache Formeln zurück, damit wir wieder sehend werden. Das Geschehen formt er nackt und läßt die Menschen handeln, befreit von den Begrenzungen des Alltags, keinem anderen Gesetz sich unterwerfend als dem eigenen Trieb, losgelöst von den Hemmungen bürgerlicher Ueberkommenheit. So sucht Essig auf den Kern im Menschen zu kommen. Damit gelingt ihm ein grandioses Gemälde der Charaktere. Mit eiserner Konsequenz folgt aus ihnen das Ergebnis. An sich ist es gleichgültig, wohin die Handlung führt. Das Weib in seiner Sinnlosigkeit und Wier richtet alles zugrunde, was es von seinem Weg abdringt. Es ist nur eine Episode, daß zum Schluß ihr erster Mann ermordet wird, der zweite sich erschießt, der Sohn sich tötet, seine Uebste Gift bekommt und ihre Freundin dem Zuchthaus überantwortet wird. Die Tragödie muß in den Rahmen der Bühne gespannt werden, daher ihr graufiges Ende. Aber sie lebt weiter: ihrem Trieb, das Spiel kann von neuem beginnen.

Der Jubel, mit dem der „Ueberteufel“ aufgenommen wurde, galt dem Werk ebenso wie der Darstellung. Lehner hat wieder einmal gezeigt, was er kann. Er ist den Intentionen des Dichters treu gefolgt. Die Darsteller wurden ebenso ihren schweren Rollen gerecht, allen voran Agnes Straub als dämonisches Weib. Hans-Heinrich v. Twardowski als irgezeiteter Sohn hat sich zu seinem Vorteil geändert, wenigleich er in der Uebste immer noch zu sehr den Schauspielers erkennen läßt. Von den übrigen, die alle ihren Mann standen, seien Ernst Cronau, Rudolf Förster, Maria Paudler und Gerda Müller erwähnt.

Ernst Degner.

Besondere für Politik: Richard Bernheim; Wirtschaft: Felix Scherz; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Feuilleton: Dr. John Schirmer; Bohlen und Schönlank: Fritz Kersch; Ereignisse: Ed. Glöckler; Ländlich in Berlin: Verlag: Vorwärts; Berlin G. m. b. H. Berlin. Druck: Vorwärts-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin S. M. 68, Lindenstraße 2.

Allgemeine Ortskrankenkasse für Adershof und Umgegend
 Befreiung
 für die Woche vom 24. bis 30. September 1923 werden folgende Beiträge erhoben:
 Grundbeiträge und Beiträge selbstständig:

Beitrag	Grundbeitrag	Legesbeitrag
1. 2000	10000	1500
2. 3000	15000	2500
3. 4000	20000	3500
4. 5000	25000	4500
5. 6000	30000	5500
6. 7000	35000	6500
7. 8000	40000	7500
8. 9000	45000	8500
9. 10000	50000	9500

 Auf die erhöhten Beiträge besteht ab 20. Oktober 1923 Anspruch.
 Adershof, den 22. September 1923.
 Der Kassenvorstand.
 Max Ruppert, Vorsitzender.

86 Gartenstr. 86
Zahngebisse
 Gold-, Silber-Bruch, Platin
 kauft zu höchstem Tageskurs
 Paul Schneider, Juweller
 86 Gartenstr. 86
 Der weiteste Weg zu mir lohnt sich!

Ausbau der Kinderfürsorge durch die Gemeinde von
 Dr. Selma Schöfer-Auwack
 Eine notwendige Schrift für Behörden und Ausschüsse, Lehrer und Erzieher, wie überhaupt für alle, die sich in der Wohlfahrtspflege betätigen.
 Preis-Grundzahl Mk. 0,15
 Buchhandlung Vorwärts Berlin SW. Lindenstr. 3

Ich kaufe auch kleine Posten ausgekämmtes und zahle heute 40 Millionen Mk. per Kilo. — Grau 10 Prozent.
Frauenhaar
 Knappe, Britzer Str. 12 (Kottbuser Tor)
 Kräuter-Franzbranntwein Kopp & Joseph Berlin W 50 besonders kräftigend u. erfrischend Potsdamerstr. 122
Gold-, Silber-, Platin-Bruch
 Zahngebisse zahlt unüberbietbare Preise
 R. Felske,
 67 Grosse Frankfurter Straße 67.

Metallbetten
 Stahlmatratz., Kinderbetten dir. an Priv. Kat. 30A Incl. Eisenmöbellabr. Subi Thür.
Hosen!
 kaufen Sie trotz des hohen Dollarstandes für jedermann in modernen Stoffarten, in allen Längen und Weiten
sehr billig!
 München-Gladbach. **Hosen-Zentrale**
 NW, Calvinstraße 34
 Ecke Alt-Moabit, nahe Kriminalger. Fahrgeldvergütung!

Damen- und Herren-Stoffe
 aller Art in großer Auswahl.
 Gabardine, Kammgarne, Tuche, Affenhaut, Flausche, Plüsch, Kleider-Samete, Anzug- u. Paletotstoffe.
 Paul Karle
 O. 34, Warschauer Straße 79.
BÜCHER GESUCHT
 Wir stnd ständige Abnehmer von antiquarischer, besonders sozialistischer Literatur.
 VERLAG DER NEUEN GESELLSCHAFT
 W. 18, Schöneberg Str. 7 — Plötzburg 5148